

Offener Brief von Schulleiterinnen und Schulleitern zur „Eigenverantwortlichen Schule“

„Die Konzeption verändern“

Diskussionen über die Eigenverantwortliche Schule werden nicht nur in den Kollegien und bei Mitgliederversammlungen geführt. Auch die, deren Rolle sich mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule möglicherweise einschneidend ändern soll, sehen die Entwicklung mit Sorge: Über 100 Schulleiterinnen und Schulleiter setzen sich in einem Offenen Brief kritisch mit dem Projekt auseinander und fordern eine Änderung der Konzeption. Bis zur GEW-Landesdelegiertenkonferenz (LDK) Anfang Oktober sollen weitere Unterschriften gesammelt und dem Minister bei der LDK öffentlich übergeben werden.

„(...) Die unterzeichnenden Schulleiterinnen und Schulleiter streben die Weiterentwicklung der Schulen zu einer größeren pädagogischen Selbstständigkeit mit einer demokratischen Verfassung an. Die Weiterentwicklung der Schule muss dem Ziel dienen, Kindern und Jugendlichen optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen und Benachteiligung auszugleichen.

Die Vorlage der Arbeitsgruppe und die darin enthaltene Konzeption der eigenverantwortlichen Schule stehen diesen Zielsetzungen entgegen. Die Schule wird mit zusätzlichen Verwaltungsaufgaben belastet, ohne dass entsprechende Zeitkontingente oder entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werden.

Die Schulleiterinnen und Schulleiter erhalten eine vollkommen neue Rolle innerhalb der Schule. Es sollen ihnen Aufgaben übertragen werden, auf die sie in keiner Weise vorbereitet sind. Eine ausreichende Fortbildung ist nicht vorgesehen.

Die demokratischen Strukturen der Schule werden ausgehöhlt, indem man durch die faktische Abschaffung der Gesamtkonferenz die betroffenen Beschäftigten von den Entscheidungsprozessen weitgehend ausschließt.

Die pädagogischen Gestaltungsmöglichkeiten werden durch Vorgaben in den Erlassen und mangelnde Ressourcen ad absurdum geführt. Zusätzliche Freiräume entstehen nicht.

Eine zusätzliche fachliche Beratung und Unterstützung der Lehrkräfte, fachbezogene Fort- und Weiterbildung und eine psychosoziale Beratung sind nicht vorgesehen. Im Gegenteil: die Fortbildungsmöglichkeiten werden weiter eingeschränkt. Darüber hinaus soll auf den Einsatz von Beratungslehrkräften verzichtet werden.

Wir wissen, dass wir die Schulen pädagogisch weiterentwickeln müssen. Sicherlich bestehen Defizite in den Schulen selbst und sind zum Teil auch dort verursacht. Diese Defizite sind aber auch durch die politischen Rahmenbedingungen entstanden: zu hohe Arbeitsbelastung, eingeschränkte Fortbildungsmöglichkeiten, fehlende Sozialpädagoginnen und -pädagogen, unzureichende Unterrichtsversorgung.

Ein glaubwürdiger Prozess der Weiterentwicklung und Erneuerung setzt voraus, dass Schulleiterinnen und Schulleiter tatsächlich in den Stand gesetzt werden, die in ihrer Verantwortung stehenden Entwicklungen steuern zu können und nicht nur für von ihnen unbeflussbare Missstände zur Rechenschaft gezogen werden.

Als Schulleiterinnen und Schulleiter erwarten wir vom Kultusminister, dass er Strukturen orga-

nisiert, in denen sich die Schulen pädagogisch weiterentwickeln können.

Dazu gehören folgende Gesichtspunkte:

- Die Konzeption einer demokratischen Schule darf sich nicht an betriebswirtschaftlichen Kriterien ausrichten und sollte nicht in Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen umgesetzt werden.

- Die Konzeption einer demokratischen Schule setzt auf Überzeugung und Engagement und nicht auf Anweisung und Hierarchie.

- Die Konzeption einer demokratischen Schule setzt auf einen Qualitätsentwicklungsprozess, der alle Ebenen des Bildungssystems erfasst.

- Die Konzeption einer demokratischen Schule setzt auf eine Evaluation, die nicht auf Wettbewerb und Konkurrenz unter den Schulen ausgerichtet ist, die zwangsläufig zu einem öffentlichen Ranking führen werden. Bei einem Qualitätsvergleich wie er derzeit vorgesehen ist, können die Umfeldbedingungen, die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen keine Berücksichtigung finden.

- Die Konzeption einer demokratischen Schule benötigt ausreichendes und qualifiziertes Personal für Unterrichtsversorgung, Sozialarbeit und Ganztagsunterricht.

Wir erwarten, dass die Konzeption für die Weiterentwicklung der niedersächsischen Schulen in diesem Sinne verändert wird, um eine positive Schulentwicklung zu befördern, deren Zielsetzung motiviert und an der wir uns nach Kräften beteiligen werden.“

Es folgen mehr als 100 Unterschriften der Ersterunterzeichnenden.

Bertelsmann-Angebot SEIS basiert auf einer schmalen Datenlage

Ein „erprobtes“ Evaluationsinstrument?

Kultusminister Busemann war der offizielle Start der Zusammenarbeit von 39 Schulen in der Bildungsregion Emsland mit der Bertelsmann-Stiftung eine gesonderte Pressemitteilung wert: „Die Schulen im Kooperationsprojekt können jetzt einen wesentlichen Schritt hin zur Eigenverantwortlichkeit machen, weil sie mit dem von der Bertelsmann-Stiftung zur Verfügung gestellten Instrumentarium SEIS (Selbstevaluation in Schulen) ein erprobtes, mit Vergleichsdaten unterlegtes Verfahren zur Ermittlung ihres Qualitätsprofils einsetzen können.“

Der Start der Zusammenarbeit zwischen der niedersächsischen Landesregierung und dem Unternehmen aus Gütersloh bewirkte umgehend Reaktionen in der Fachpresse wie z.B. der Zeitschrift „Pädagogik“ 6/05, die allerdings Weiteres, in Niedersachsens Schulen vermutlich eher noch Unbekanntes, zu vermelden wusste: „Die Bertelsmann-Stiftung hat das Instrument mit Experten aus Wissenschaft und Praxis im „Internationalen Netzwerk Innovativer Schulsysteme (INIS) entwickelt und erprobt. Im INIS-Projekt haben 41 Schulen aus acht Ländern – darunter auch 16 deutsche Schulen – gezeigt, wie Schulen ihre Qualitätsentwicklung mit Hilfe der standardisierten Selbstevaluation zielgerichtet,

systematisch, effizient und nachhaltig steuern können“, heißt es dort.

Ein wahrlich validiertes Verfahren! Verständlich, dass die Bertelsmann-Stiftung bei dieser schmalen Datenlage dringend auf die Zulieferung neuen Materials angewiesen ist, um ihr Er-

hebungs- und Analyseinstrument bis zur Marktreife weiterentwickeln zu können. Unterstützt wird sie dabei vom MK, das zugesagt haben soll, bis zu 10% (über 300) der niedersächsischen Schulen für die Nutzung gewinnen zu wollen.

